



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT

HANDEL &
MARKT

TECHNIK



UNTERNEHMEN

★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM



62,52 €/MWh

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS



33,43 €/MWh

EEX Spot THE (End of Day)

ZAHL DES TAGES

13,2

Kilometer misst die Trasse für die Wasserstoffleitung von Hamburg-Moorburg nach Leversen in Niedersachsen. Jetzt ist auch der niedersächsische Abschnitt genehmigt worden.

REGULIERUNG

Netzentgeltreform soll Flexibilität belohnen

STROMSPEICHER

Wie BESS systemdienlich ans Netz gebracht werden können

SMART METER

LEG Immobilien und Imovis starten Messstellenbetrieb

Inhalt

TOP-THEMA

→ **REGENERATIVE:** Hamburger Unternehmen kritisieren Netzpaket

POLITIK & RECHT

- **REGULIERUNG:** Netzentgeltreform soll Flexibilität belohnen
- **WASSERSTOFF:** Baurecht für 13 Kilometer Wasserstofftrasse
- **BIOMASSE UND -METHAN:** Höchstwerte für Ausschreibungen 2026 festgelegt
- **POLITIK:** Schneider: Mehr Gratis-CO2-Zertifikate für Chemieindustrie

HANDEL & MARKT

- **STROMSPEICHER:** Wie BESS systemdienlich ans Netz gebracht werden können
- **KLIMASCHUTZ:** Studie sieht Vorteile von SAF-Quoten im Luftverkehr
- **GAS:** Uniper liefert LNG nach Indien
- **WÄRME:** Januar 2026 zumeist mit dem höchsten Heizbedarf seit 2018
- **STATISTIK DES TAGES:** Welches Land hat die meisten Windkraftanlagen installiert?

TECHNIK

- **EFFIZIENZ:** EU-Patent zur Leistungssteigerung von Druckluftspeichern
- **IT:** Web-Tool zur Dekarbonisierung der Prozesswärme gestartet

UNTERNEHMEN

- **SMART METER:** LEG Immobilien und Imovis starten Messstellenbetrieb
 - **STROMNETZ:** Neue grüne Finanzierung für 50-Hertz-Netz
 - **PHOTOVOLTAIK:** Wohnbaugesellschaft gründet Energietochter
 - **ELEKTROFAHRZEUGE:** Energieversorger kooperiert mit Lkw-Händler
 - **REGENERATIVE:** Solarpark quasi als Windturbine
-

MARKTBERICHTE

- **MARKTKOMMENTAR:** Energienotierungen im Bann der Geopolitik
-

SERVICE

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

Hamburger Unternehmen kritisieren Netzpaket



Quelle: Fotolia / vencav

REGENERATIVE. Rund zwei Dutzend Energieunternehmen aus Hamburg wenden sich gegen das geplante Netzpaket des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWE) und fordern von der CDU Hamburg Änderungen.

Hamburger Energieunternehmen üben scharfe Kritik an den Reformplänen von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) zum Netzausbau und zur Steuerung des Zubaus erneuerbarer Energien. In einem gemeinsamen Schreiben an die CDU Hamburg fordern rund zwei Dutzend Unternehmen, die Partei solle sich für Planungssicherheit und marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen einsetzen und die Vorschläge auf dem Bundesparteitag berücksichtigen.

Zu den Unterzeichnern zählen mehrere in der Energiewende aktive Anbieter, darunter die Hamburger Ökostromanbieter Green Planet Energy und Lichtblick sowie Projektentwickler und Energiedienstleister wie GP Joule, Enertrag, Einkommafünfgrad und Naturstrom. Der Vorstand von Green Planet Energy, Sönke Tangermann, sagte, das geplante Netzpaket wirke „wie ein Bremsklotz“ für die Branche und schwäche damit auch den Wirtschaftsstandort Hamburg. Die Unternehmen verweisen darauf, dass die Energiewirtschaft in der Hansestadt tausende Arbeitsplätze sichere und zur wirtschaftlichen Stabilität beitrage.

Von der CDU Hamburg erwarten sie laut Schreiben eine klare Position für den Erhalt von Wertschöpfung und Beschäftigung. Als zentrale Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung nennen die Unternehmen einen Abbau von Bürokratie, eine stärkere Digitalisierung sowie bundesweit einheitliche Regeln. Diese Punkte seien entscheidend für Investitionsentscheidungen und Projektumsetzungen im Bereich erneuerbare Energien.

Reiche verweist auf Abstimmungsprozess

Stein des Anstoßes ist ein vorzeitig veröffentlichter Gesetzentwurf aus dem Bundeswirtschaftsministerium (BMWE), der sich noch in der Ressortabstimmung befindet. Ziel der Reform ist es laut Ministerium, den Zubau von Wind- und Solaranlagen stärker mit dem Netzausbau zu synchronisieren und die Kosten für sogenannte Redispatch-Maßnahmen zu senken. Dabei werden Anlagen bei Netzengpässen gedrosselt oder abgeschaltet; die Entschädigungen für Betreiber sowie zusätzliche Kraftwerkseinsätze verursachen jährliche Kosten in Milliardenhöhe.

Besonders umstritten ist ein im Entwurf vorgesehener Redispatchvorbehalt. Demnach könnten Regionen, in denen im Vorjahr mehr als drei Prozent der erneuerbaren Stromerzeugung abgeregelt wurden, für bis zu zehn Jahre als kapazitätslimitiert ausgewiesen werden. Neue Anlagenbetreiber müssten dort im Gegenzug auf Entschädigungszahlungen bei künftigen Abregelungen verzichten.

Die Bundeswirtschaftsministerin begründet den Ansatz in einem Handelsblatt-Interview vom 19. Februar mit der wachsenden Kostenbelastung für Verbraucher und Wirtschaft. Die Redispatch-Kosten lägen inzwischen bei fast drei Milliarden Euro pro Jahr und würden über die Netzentgelte auf die Stromkunden umgelegt. Ziel der Reform sei eine faire Lastenverteilung im Gesamtsystem und eine bessere Abstimmung zwischen Ausbaugeschwindigkeit von Erzeugungsanlagen und Netzinfrastruktur.

Netzausbau soll beschleunigt werden

Zugleich betont die Ministerin, dass Netzbetreiber weiterhin gesetzlich zum Ausbau verpflichtet seien und ein strenges Regulierungsregime gelte. Der maximale Zeitraum von zehn Jahren für Engpassgebiete sei als Obergrenze vorgesehen; bei einer Entspannung der Situation unterhalb der Drei-Prozent-Schwelle könnten die Beschränkungen bereits nach drei Jahren aufgehoben werden.

Darüber hinaus prüft das Ministerium laut Reiche weitere Instrumente, darunter Baukostenzuschüsse für neue Anlagen, deren Höhe sich an der Netzwirkung eines Projekts orientieren soll. Auch eine Priorisierung von Netzanschlussanträgen nach Reifegrad ist vorgesehen, um etwa Industrieprojekte oder Rechenzentren schneller anschließen zu können.

Der Gesetzentwurf befindet sich nach Angaben des Ministeriums noch im Abstimmungsprozess. Es folgen eine Verbändeanhörung, ein Kabinettsbeschluss und das parlamentarische Verfahren. Reiche betont, die Branche habe weiterhin Gelegenheit, ihre Vorschläge einzubringen und an einer tragfähigen Lösung mitzuwirken.

Der [Unternehmensappell an die Hamburger CDU](#) steht im Internet bereit. // VON SUSANNE HARMSSEN


[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

Kostenloses Webinar 26. Februar 2026, 14-15 Uhr

encentive

Industriestrompreis & Netzentgeltreform:
Wie Flexibilität für Unternehmen jetzt zum neuen Gold wird

 Torge Lahrsen
COO
encentive

Jetzt anmelden



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

§ POLITIK & RECHT



Gebäude der Bundesnetzagentur in Bonn. Quelle: Bundesnetzagentur

Netzentgeltreform soll Flexibilität belohnen

REGULIERUNG. Die Bundesnetzagentur erprobt mit Unternehmen neue Modelle für Industrienetzentgelte. Ziel des „AgNes“-Verfahrens sei ein System, das Flexibilität rechtssicher fördert.

Die Bundesnetzagentur treibt die Reform der Netzentgelte für Industrie- und Gewerbekunden voran. Im Verfahren zur „Allgemeinen Netzentgeltsystematik Strom“ („AgNes“) prüft die Behörde neue Ansätze, mit denen die veränderten Anforderungen der Energiewende abgebildet werden sollen. Am 19. Februar 2026 fand dazu ein erster Austausch mit beteiligten Unternehmen sowie dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und der Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK) in Berlin statt.

Grundlage der Gespräche ist ein im September 2025 veröffentlichtes Diskussionspapier. Darin beschreibt die Behörde zwei Modelle, die nun in Pilotprojekten auf ihre Praxistauglichkeit getestet werden. Modell A setzt auf eine Stärkung spotmarktorientierter Flexibilität, während Modell B gezielt netzdienliches Lastverhalten honorieren soll. Laut Bundesnetzagentur sollen die Tests zeigen, welche Ansätze technisch umsetzbar sind und welche Anreize tatsächlich zu systemdienlichem Verhalten führen.

Hintergrund AgNes

Der AgNes-Prozess bündelt zugleich frühere Überlegungen zur Weiterentwicklung der sogenannten Sondernetzentgelte nach Paragraph 19 Absatz 2 der Stromnetzentgeltverordnung. Diese Rabatte sind für viele energieintensive Unternehmen wirtschaftlich relevant. In der Konsultation zu einem Eckpunktepapier aus dem Jahr 2024 hatten zahlreiche Branchenvertreter betont, dass die Vergünstigungen angesichts steigender Stromkosten und zunehmender Elektrifizierung von Produktionsprozessen eine wichtige Rolle für den Standort Deutschland spielten.

Die geplante Abkehr von der bisherigen Bandlastregelung zugunsten eines Flexibilitätsanreizes stieß in Teilen der Industrie zunächst auf Skepsis. Unternehmen und Verbände verwiesen auf begrenzte Flexibilitätpotenziale in vielen Produktionsprozessen und auf mögliche Mehrkosten durch eine variabelere Fahrweise. Zudem forderten sie Übergangsfristen, um sich auf neue Anforderungen einstellen zu können.

Andere Stellungnahmen begrüßten hingegen den Ansatz, Lasten stärker an den Bedarf des Stromsystems anzupassen. Voraussetzung sei jedoch, dass zusätzliche Flexibilität nicht zu negativen Effekten im Netz führe. Teilweise schlugen Konsultationsteilnehmer vor, die bestehende Bandlastregelung beizubehalten und lediglich um Ausnahmeregelungen zu ergänzen, etwa für Reaktionen auf Preissignale oder für die Teilnahme an Regelenergiemärkten.

Bandlastprivileg nicht mehr zeitgemäß

Die Bundesnetzagentur bewertet solche Ansätze kritisch. Laut Behörde darf die Netzentgeltregulierung rechtlich nicht zur Umsetzung industriepolitischer Ziele genutzt werden. Maßstab für Vergünstigungen sei allein, ob sie zur Effizienz des Energieversorgungssystems beitragen. Eine dauerhafte Privilegierung konstanter Bandlasten sei unter den Bedingungen eines zunehmend volatilen Stromsystems nicht mehr sachgerecht.

Auch rechtliche Risiken spielen nach Einschätzung der Behörde eine Rolle. Regelungen, die energiewirtschaftlich nicht überzeugend begründet sind, könnten von Netznutzern, Wettbewerbern oder europäischen Institutionen angegriffen werden. Im Extremfall drohten nachträgliche Rückabwicklungen mit wirtschaftlichen Folgen für Unternehmen in Millionenhöhe.

Die Bundesnetzagentur sieht in der Neuregelung eine Chance. Ein realistisch ausgestalteter Flexibilitätsanreiz könne Netzentgelttrabatte ermöglichen und gleichzeitig die Effizienz des Gesamtsystems erhöhen. Entscheidend sei, dass eine künftige Regelung europarechtskonform und langfristig rechtssicher gestaltet werde.

Das aktuelle Diskussionspapier dient laut Behörde als Grundlage für eine breite fachliche Debatte über Ziele, Nutzen und konkrete Ausgestaltung künftiger Sondernetzentgelte. Die Ergebnisse der Pilotprojekte sollen in den weiteren AgNes-Prozess einfließen und die Basis für eine spätere Festlegung bilden.

Das [Konzept zur Durchführung der Pilotprojekte](#) steht im Internet bereit. // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Baurecht für 13 Kilometer Wasserstofftrasse



Quelle: Shutterstock / petrmalinak

WASSERSTOFF. Die Wasserstoffleitung „HH-WIN-C70“ zwischen Hamburg-Moorburg und Leversen darf gebaut werden. Nach Hamburg haben nun auch die Behörden in Niedersachsen die Abschnitte genehmigt.

Das Planrecht für die Wasserstoff-Gasversorgungsleitung „HH-WIN-C70“ liegt nun in beiden Bundesländern vor. Das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) mit Sitz in Hannover hat nun den niedersächsischen Abschnitt genehmigt. Die Hamburger Energienetze GmbH treibt das Projekt als Vorhabenträgerin voran und betreibt in Hamburg die Energieinfrastruktur.

Die insgesamt rund 13,2 Kilometer lange Leitung verbindet Hamburg-Moorburg mit Leversen im Landkreis Harburg in Niedersachsen. Dort soll sie Wasserstoff in das nachgelagerte Fernleitungsnetz einspeisen. Zum Vorhaben gehören neben dem Rohr sämtliche technischen Einrichtungen für den Betrieb. Dazu zählen insbesondere Anlagen für den kathodischen Korrosionsschutz.



Genehmigter Verlauf der Wasserstoff-Gasversorgungsleitung HH-WinC70. Die mit einem blauen „x“ gekennzeichneten Abschnitte müssen durch die Nutzung einer Bestandsleitung nicht neu gebaut werden

(zum Vergrößern bitte auf die Grafik klicken)

Quelle: LBEG

Teilweise Nutzung bestehender Infrastruktur

Während des Verfahrens passte die Vorhabenträgerin die Trassenplanung an. Nach Angaben des LBEG kann im Bereich des Waldwegs Stadtstriede auf der Landesgrenze zwischen Hamburg und Niedersachsen sowie westlich des Autobahndreiecks Hamburg-Südwest eine parallel verlaufende Bestandsleitung genutzt werden. In diesen Bereichen entfällt ein Neubau.

Der Neubau konzentriert sich auf den Abschnitt östlich von Sottorf in der Gemeinde Rosengarten bis zur Station in Leversen. Die Leitung verläuft damit teilweise über bestehende Infrastruktur.

Das LBEG legt den Planfeststellungsbeschluss gemäß Paragraf 43b des Energiewirtschaftsgesetzes ausschließlich elektronisch aus. Interessierte finden die Unterlagen vom 20. Februar dieses Jahres bis zum 6. März dieses Jahres auf der [Internetseite des LBEG](#).

Auf Hamburger Gebiet lag das Baurecht für den dortigen Abschnitt der Leitung bereits vor. Dort hatte die Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft („BUKEA“) der Freien und Hansestadt Hamburg ihrerseits ein eigenes Planfeststellungsverfahren durchgeführt. Die Bukea hat Ende Oktober vergangenen Jahres den Planfeststellungsbeschluss für den dortigen Abschnitt erlassen. // [VON DAVINA SPOHN](#)

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Höchstwerte für Ausschreibungen 2026 festgelegt



Quelle: Fotolia / Wolfgang Jargstorff

BIOMASSE UND -METHAN. Die Bundesnetzagentur hat zwei Festlegungen für die Höchstwerte für Ausschreibungen von Biomasse- und Biomethananlagen im Jahr 2026 veröffentlicht.

Laut der Festlegung der Bundesnetzagentur vom 20. Februar beträgt der Höchstwert für neue Biomasseanlagen 19,43 Cent/kWh, der für bestehende Biomasseanlagen 19,83 Cent/kWh. Für Biomethananlagen wird ein Höchstwert von 23,13 Cent/kWh festgelegt. „Durch die hohe Beteiligung an den letzten Biomasseausschreibungen können wir die Höchstwerte aus dem letzten Jahr fortschreiben“, erläuterte der Präsident der Behörde, Klaus Müller.

Bei den Ausschreibungen für Biomethananlagen schöpfe sein Haus den gesetzlichen Spielraum für eine Erhöhung des Höchstwerts voll aus, sagt Müller weiter. Bei den Ausschreibungen für Biomasseanlagen entsprechen die festgelegten Höchstwerte den Werten aus dem Vorjahr.

Biomasse neu geregelt

In der letzten Ausschreibung im Oktober 2025 kamen erstmalig die Neuregelungen des Biomassepakets zur Anwendung. Das Biomassepaket richtet die Förderung von Biogasanlagen neu aus und setzt laut Behörde dadurch Anreize für eine stärkere Marktintegration.

Bei der ersten Ausschreibung im neuen Förderregime erhielt die Bundesnetzagentur hinreichend viele Gebote, sodass das durch das Biomassepaket deutlich erhöhte Ausschreibungsvolumen gedeckt werden konnte. Die bisher geltenden Höchstwerte böten somit auch genügend Spielraum für die wirtschaftliche Teilnahme an den Ausschreibungen in diesem Jahr, so die Agentur.

Biomethan 2025 ohne Gebote

Bei den Biomethanausschreibungen wurde im letzten Jahr kein Gebot abgegeben. Die erwarteten Stromgestehungskosten legen zudem nahe, dass der bisherige Höchstwert nicht ausreicht, um das Ausschreibungsvolumen zu decken. Die Bundesnetzagentur hat daher den Höchstwert um 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Sie setzt damit zusätzliche Anreize zur Abgabe von Geboten in den kommenden Ausschreibungen. Die Erhöhung entspricht der gesetzlich maximal zulässigen Anhebung, so die Behörde.

Die Festlegungen gelten jeweils für die Ausschreibungen in den kommenden zwölf Monaten. Damit sind sie bereits für die beiden Gebotstermine der Biomasse- und Biomethanausschreibung zum 1. April 2026 anzuwenden.

Die Festlegungen der Höchstwerte für **Biomasseanlagen** und **Biomethananlagen** stehen im Internet bereit.

// VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Schneider: Mehr Gratis-CO2-Zertifikate für Chemieindustrie



Quelle: Fotolia / Tom-Hanisch

POLITIK. Die Bundesregierung sieht die Chemieindustrie unter enormem Druck. In Brüssel setzt sich ausgerechnet der Umweltminister jetzt für eine Entlastung ein.

Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) dringt in Brüssel darauf, dass die Chemieindustrie mehr kostenlose Treibhausgas-Zertifikate bekommt als geplant. „Die Chemiebranche steht unter internationalem Druck und das nehmen wir ernst“, sagte der SPD-Politiker. Nötig seien kurzfristig „realistischere Maßstäbe für die Zuteilung kostenloser Emissionsrechte“. „Das kann ein Beitrag zur Entlastung der Chemieindustrie werden, darf aber nicht der einzige Schritt bleiben“, sagte Schneider.

Der Emissionshandel gilt als wichtigstes Klimaschutz-Instrument der EU. Große Unternehmen, die Brennstoffe wie Erdgas, Heizöl, Benzin und Diesel verkaufen, müssen je nach ausgestoßenem CO₂ Emissionszertifikate vorweisen. Politisch wird eine Obergrenze dafür festgelegt, die über die Jahre sinkt. Dies soll zu mehr Klimaschutz führen.

Gesamtzahl der Zertifikate soll unverändert bleiben

Die Zertifikate werden versteigert, viele Industrieunternehmen bekommen einen Teil ihrer Zertifikate aktuell aber noch kostenfrei. So will man unter anderem verhindern, dass emissionsintensive Industrien in andere Länder verlagert werden. Die kostenlose Zuteilung soll jedoch schrittweise auslaufen.

Schneider betonte, der Emissionshandel funktioniere gut. „Er verbindet erfolgreich Klimaschutz und wirtschaftliche Stärke - und das soll auch so bleiben.“ Die Rahmenbedingungen müssten aber so gestaltet werden, dass Deutschland und Europa starke Chemiestandorte blieben. An der Gesamtzahl der vergebenen CO₂-Zertifikate soll sich nichts ändern. // VON DPA

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

HANDEL & MARKT



Quelle: Fotolia / malp

Wie BESS systemdienlich ans Netz gebracht werden können

STROMSPEICHER. Die Forschungsstelle für Energiewirtschaft hat ein Diskussionspapier des „Kooperationsforum Großbatteriespeicher“ zur besseren Einbindung von Batteriespeichern vorgelegt.

Die Klage ist bekannt: Der Boom bei Großbatteriespeichern führt zu einer erheblichen Mehrbelastung der Netzbetreiber. Die Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FFE) in München hat nun dazu ein Diskussionspapier des Kooperationsforums Großbatteriespeicher vorgelegt. Darin werden Pläne vorgeschlagen, das Netzanschlussverfahren für Batteriespeichersysteme (BESS) neu aufzusetzen.

Das „Kooperationsforum Großbatteriespeicher“ ist ein branchenübergreifendes Gremium, das im August 2025 von der FFE ins Leben gerufen wurde. Das Forum bringt mehr als 50 Unternehmen und Institutionen zusammen und versteht sich als Plattform für einen „offenen, sachlichen und wissenschaftlich fundierten Austausch“.

Denn Ende 2025 lagen bei den Netzbetreibern Anschlussanfragen in Höhe von 720.000 MW vor. Zugleich summieren sich die Investitionsbedarfe für den Netzausbau im Übertragungsnetz auf über 440 Milliarden Euro, im Verteilnetz auf weitere 227 Milliarden Euro bis 2045. Vor diesem Hintergrund rückt die Frage in den Mittelpunkt, wie neue Batteriespeicher systemverträglich angeschlossen werden können.

Digitale Kapazitätskarten

Das ist das aktuelle Prozedere: Viele Anträge für BESS werden in sehr frühen Projektphasen gestellt, teilweise automatisiert und in großer Zahl. Verbindliche Fristen und überprüfbare Meilensteine sind bislang nicht flächendeckend etabliert. Das Ergebnis sind laut dem Diskussionspapier „lange Bearbeitungszeiten und blockierte Netzkapazitäten“.

Nun wird vorgeschlagen, digitale Kapazitätskarten zu erstellen, die freie Einspeise- und Bezugsleistungen transparent ausweisen. Anschlussbegehren könnten so gezielt in Regionen mit verfügbaren Kapazitäten gelenkt werden. „Iterative Anfragen“ würden reduziert, die Zahl aufwendiger Netzverträglichkeitsprüfungen sinken.

Weiterhin sollen Anträge nicht mehr nach dem Windhundprinzip, sondern gebündelt (geclustert) in festen Zeitfenstern geprüft werden. Ein Zyklus von mehreren Monaten würde es ermöglichen, alle Projekte eines geografischen Clusters gemeinsam netztechnisch zu bewerten. So könnten Priorisierungskriterien angewandt und Simulationen effizienter durchgeführt werden.

Antragspauschale und Kautions für Realisierung

Weiterhin wird eine strategische Priorisierung diskutiert. Netzanschlüsse könnten anhand ordnungspolitischer Kriterien gereiht werden. Denkbar seien sogenannte Fast-Lane-Regelungen für systemkritische Projekte oder eine Deckelung bestimmter Anlagenklassen. Allerdings: Eine solche Steuerung müsste politisch legitimiert und regulatorisch abgesichert werden, heißt es weiter.

Wichtig sei auch ein bundesweit einheitlicher Reservierungsprozess im Verteilnetz. Nach Annahme eines Netzanschlussangebots soll die Kapazität zunächst sechs Monate reserviert sein. Durch das Erreichen definierter Meilensteine verlängert sich die Reservierung jeweils um weitere sechs Monate. Projekte, die die Nachweise nicht erbringen, würden aus der Warteschlange entfernt.

Weiterhin sollen finanzielle Ernsthaftigkeitsnachweise eingeführt werden. Eine verrechenbare Antragspauschale sowie eine „kapazitätsbezogene Realisierungskautions“ könnten spekulative Anträge eindämmen. Die Kautions würde bis zur Inbetriebnahme monatlich fällig und bei erfolgreicher Umsetzung angerechnet. Parallel dazu spielen flexible Netzanschlussvereinbarungen eine zentrale Rolle. Sie ermöglichen temporäre Leistungsbegrenzungen und damit eine beschleunigte Integration von Speichern in Engpassregionen. Das Papier plädiert für stärker standardisierte und möglichst dynamische Restriktionen, ergänzt um sachgerechte Kompensationsmechanismen.

Das „gemeinsame Diskussionspapier zu aktuellen Herausforderungen und tragfähigen Lösungen“ des Kooperationsforums Großbatteriespeicher kann auf der Internetseite der FFE heruntergeladen werden.

// VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)

Studie sieht Vorteile von SAF-Quoten im Luftverkehr



Quelle: Total Energies / Pedro Becerra

KLIMASCHUTZ. Nachhaltige Flugkraftstoffe könnten Flugtickets weniger verteuern als CO₂-Steuern und zudem Emissionen senken. Welche Rolle die Marktmacht großer Airlines spielt, zeigt eine Studie.

Die Dekarbonisierung des Luftverkehrs kostet viel Geld, gilt aus Sicht von Ökonomen aber als notwendig. Eine Studie von Forschern des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim (Baden-Württemberg) und von Bauhaus Luftfahrt vergleicht dafür zwei global gedachte Instrumente: eine CO₂-Steuer und verbindliche Quoten für nachhaltige Flugkraftstoffe. Diese Sustainable Aviation Fuels (SAF) sollen fossiles Kerosin teilweise ersetzen.

Die Wissenschaftler rechnen nicht nur mit idealen Lehrbuchmärkten, sondern bilden im Modell auch unvollkommenen Wettbewerb ab, in dem es eine Marktmacht großer Airline-Gesellschaften gibt. Damit greifen sie eine Besonderheit der Branche auf: Viele Strecken prägen wenige Anbieter, die Preise und Angebotsspielräume haben. „Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Marktstruktur zentral für die Bewertung von Klimapolitik im Luftverkehr ist“, sagt Ko-Autor Sebastian Rausch, Leiter des ZEW-Forschungsbereichs Umwelt- und Klimaökonomik und Professor an der Universität Heidelberg.

Für den Vergleich nutzt das Team ein Simulationsmodell des weltweiten Luftverkehrs, das Netzwerk- und Billigfluggesellschaften sowie deren Routenwahl abbildet. Airlines können darin ihr Flugangebot und den Mix aus fossilem Kerosin und SAF anpassen. Im Modell „Vollkommener Wettbewerb“ schneidet eine CO₂-Steuer laut Studie am besten ab, da sie Emissionen dort vermeidet, wo das am wenigsten kostet.



ZEW-Studie „Turbulenzen voraus: Effektive und effiziente Klimapolitik im Luftverkehr“

(zum Öffnen bitte auf das PDF klicken)

Quelle: ZEW

Sobald das Modell Marktmacht berücksichtigt, dreht sich das Bild: Eine CO₂-Steuer verteuert Tickets nach Darstellung der Autoren deutlich und verstärkt dabei bestehende Ineffizienzen, die aus Preissetzungsspielräumen entstehen. Eine SAF-Quote wirkt in diesem Modell dagegen wie eine Abgabe auf den gesamten Treibstoffverbrauch und zugleich wie eine Subvention für SAF. Das Instrument hebt den SAF-Anteil an, stabilisiert die Nachfrage und senkt Emissionen – und verursacht bei gleicher globaler Emissionsminderung geringere Wohlfahrtskosten.

Ko-Autorin Anna Straubinger, Wissenschaftlerin am ZEW, verbindet das Ergebnis mit einer politischen Empfehlung: „Bei gleicher globaler Emissionsminderung verursacht eine SAF-Quote deutlich geringere Wohlfahrtskosten als eine CO₂-Steuer – und die Ticketpreise steigen wesentlich moderater.“ Aus ihrer Sicht sollte Klimapolitik im Luftverkehr Marktmacht systematisch mitdenken und stärker auf nachhaltige Flugkraftstoffe setzen.

Europa wirkt, global bleibt die Lücke

Für Europa analysieren die Autoren eine Kombination aus Emissionshandel und SAF-Quoten für Flüge ab EU-Flughäfen. Diese Instrumente senken die Emissionen im europäischen Luftverkehr spürbar. Global bleibt der Effekt begrenzt, da die Regeln regional gelten. Angesichts steigender Passagierzahlen sehen die Forscher daher Bedarf für strengere weltweite Vorgaben.

Als einzig existierendes, globales Instrument nennt die Studie die „Carbon Offsetting and Reduction Scheme for International Aviation“ (CORSIA), das die Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) 2016 beschlossen hat. Airlines müssen danach Emissionen oberhalb des Niveaus von 2019 durch CO₂-Zertifikate ausgleichen. Entscheidend sei die Klimawirkung der CO₂-Zertifikate: Hochwertige Zertifikate senken Emissionen kostengünstig, minderwertige schwächen Anreize für SAF.

Die Autoren übertragen ihre Ergebnisse auch auf andere schwer zu dekarbonisierende Branchen wie Stahl, Zement, Chemie, Aluminium und Schifffahrt. Wo Marktmacht auf geringe technische Alternativen trifft, können Technologie- oder Kraftstoffauflagen laut Studie effizienter sein als eine reine CO₂-Bepreisung.

Die siebenseitige Studie „**Turbulenzen voraus: Effektive und effiziente Klimapolitik im Luftverkehr**“ ist über die Internetseite des ZEW downloadbar.

// VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

Uniper liefert LNG nach Indien



Quelle: Shutterstock / Igor Grochev

GAS. Der Energiekonzern Uniper hat einen zehnjährigen LNG-Liefervertrag mit einem indischen Öl- und Gasunternehmen geschlossen.

Der Düsseldorfer Uniper-Konzern und die Gujarat State Petroleum Corporation (GSPC) haben einen 10-Jahres-Vertrag über die Lieferung von verflüssigtem Erdgas (LNG) unterzeichnet, teilte Uniper am 20. Februar mit. Die Menge gaben die Konzerne mit bis zu 0,5 Millionen Tonnen pro Jahr (MTPA) an. Der Vertrag tritt im Januar 2028 in Kraft und sieht vor, dass Uniper das LNG für GSPC an LNG-Terminals an der Westküste Indiens liefert.

Die Vereinbarung zwischen den beiden staatlichen Unternehmen kommt wenige Wochen nach dem Gipfeltreffen zwischen Premierminister Modi und Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) in Ahmedabad, Gujarat, das darauf abzielte, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern durch eine solche Zusammenarbeit im Energiebereich weiter zu stärken.

Das Gas- und Ölunternehmen Gujarat State Petroleum Corporation Limited (GSPCL) ist ein Unternehmen des indischen Bundesstaates Gujarat. GSPCL ist zudem eines der größten Gashandelsunternehmen Indiens und gehört zur GSPC-Gruppe, die in der gesamten Gaswertschöpfungskette in den Bereichen LNG-Terminal, Gastransport, Gasverteilung und Stromerzeugung vertreten ist. In Gujarat deckt GSPC zusammen mit anderen Unternehmen der Gruppe ein Drittel des Erdgasbedarfs des Bundesstaates Gujarat und versorgt 2,3 Millionen Haushalte sowie 20.000 Industrie- und Gewerbekunden. Außerdem betreibt das Unternehmen über 800 CNG-Tankstellen.

„Wir bauen unsere Aktivitäten entschlossen aus, aggressiv aus, um eine bedeutende Kraft im indischen Gashandel zu werden“, erklärte Avantika Singh, IAS, Managing Director von GSPC. „Diese Vereinbarung mit Uniper, einem Unternehmen, an dem die deutsche Bundesregierung maßgeblich beteiligt ist, ist ein strategischer Meilenstein in der Mission von GSPC, wettbewerbsfähiges, langfristiges LNG zu sichern.“

// VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

Januar 2026 zumeist mit dem höchsten Heizbedarf seit 2018



Quelle: Fotolia / Ralf Kalytta

WÄRME. Die Gradtagszahlen im Januar sind die höchsten der vergangenen neun Jahre gewesen. Das ergibt eine Analyse der Fachzeitung „Energie Informationsdienst“.

Geht es allein nach den Gradtagszahlen, war der Januar 2026 der kälteste Januar seit 2018. Das zeigt eine Analyse der Messwerte aus fünf deutschen Großstädten, die die Fachzeitung „Energie Informationsdienst“ (EID) in Zusammenarbeit mit der Datenplattform Matflixx erstellt hat. Die Messwerte waren vom Deutschen Wetterdienst (DWD) veröffentlicht worden.

Demnach waren die Gradtagszahlen in vier Großstädten - an den Messpunkten Berlin-Tempelhof, Frankfurt am Main, Hamburg-Fuhlsbüttel und München Stadt - so hoch wie an keinem vorherigen Januar seit mindestens 2018. In der Bundeshauptstadt lagen die Gradtage im Januar 2026 mit 671,6 Kelvintagen

131,5 Kelvintage höher als im neunjährigen Januar-Durchschnitt des Messpunktes Tempelhof. Und sogar 146,9 Kelvintage höher als im Vorjahresmonat.

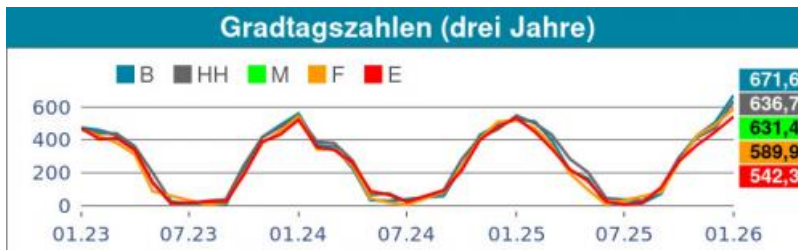
Nur Essen-Bredeneay hatte im Januar 2019 einen marginal höheren Heizbedarf gehabt als im Januar 2026, nämlich 553,9 Gradtage gegenüber 542,3.

Gradtagszahlen ¹⁾ Januar 2026 im Januar-Vergleich

Berlin-Tempelhof		Essen-Bredeneay		Frankfurt/Main		Hamburg-Fuhlsbüttel		München Stadt	
Januar 2026	Januar 2025	Januar 2026	Januar 2025	Januar 2026	Januar 2025	Januar 2026	Januar 2025	Januar 2026	Januar 2025
671,6	524,7	542,3	533,1	589,9	519,7	636,7	549,0	631,4	549,3
Ø 2018-2026	Max (Jahr)	Min (Jahr)	Ø 2018-2026	Max (Jahr)	Min (Jahr)	Ø 2018-2026	Max (Jahr)	Min (Jahr)	Ø 2018-2026
540,1	671,6	474,6	509,7	553,9	460,5	517,1	589,9	435,5	527,1
	(2026)	(2023)		(2019)	(2018)		(2026)	(2020)	

1) Werte in Kelvintagen gemäß VDI 3807

Quelle: Deutscher Wetterdienst / matflixx.de



Deutlich ist rechts an den Chartlinien zu sehen, wie sich die Gradtagszahlen Ende 2025 / Anfang 2026 in vier von fünf Städten nach oben in Niveaus spreizten, in denen sie in den Januar seit neun Jahren nicht gewesen waren

(B=Berlin-Tempelhof; HH=Hamburg-Fuhlsbüttel; M=München Stadt; F=Frankfurt am Main; E=Essen-Bredeneay

Quelle: Deutscher Wetterdienst / matflixx.de

Die Basis für diese grafische Aufbereitung bildet „Matflixx“, eine Plattform für Rohstoff-, Preis- und Fundamentaldaten sowie Nachrichten rund um Energie und andere Branchen. Dort stehen die Gradtagszahlen von Berlin, Hamburg, München, Essen und Frankfurt am Main seit dem Januar 2018 zur interaktiven Ansicht und zum Download zur Verfügung.

Das sind Gradtagszahlen

Gradtagszahlen sind ein täglich in Kelvintagen erhobenes und auf Monate kumuliertes Maß für den monatlichen Heizbedarf, geht aus Erläuterungen des DWD hervor. Sie ergeben sich aus der Differenz der Norm-Innentemperatur im Wohnhaus von 20 Grad Celsius und der örtlichen Außentemperatur. Bei Außentemperaturen von +15 Grad oder wärmer lautet die tägliche Gradtagszahl auf null.

Wird der Erdgasverbrauch wie üblich nur einmal im Jahr abgelesen, dann wird er nach den Gradtagen auf die Monate verteilt, damit sich unterjährige Preisanpassungen richtig zuordnen lassen.

// VON GEORG EBLE

[^ Zum Inhalt](#)

Welches Land hat die meisten Windkraftanlagen installiert?



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht bitte auf die Grafik klicken

Quelle: Statista

Im Jahr 2024 hatte China mit rund 521.000 MW die mit Abstand größte installierte Windleistung weltweit; davon knapp 479.000 MW an Land und gut 41.800 MW auf See. Dahinter folgen die USA mit etwa 154.300 MW fast nur Onshore, sowie Deutschland mit rund 72.800 MW und einem nennenswerten Offshore-Anteil von gut 9.000 MW. Indien, Brasilien, Frankreich und Kanada setzen fast nur auf Onshore, während das Vereinigte Königreich mit etwa gleich viel Onshore- wie Offshore-Leistung zu den wichtigsten Offshore-Standorten zählt. // VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

⚙️ TECHNIK



Quelle: Fotolia / Photo-K

EU-Patent zur Leistungssteigerung von Druckluftspeichern

EFFIZIENZ. Die Hochschule Koblenz erhält ein EU-Patent für ein Verfahren zur Leistungssteigerung von Kompressoren und Druckluftspeichern. Für die Skalierung werden Industriepartner gesucht.

Die Forschungsgruppe Energietechnik der Hochschule Koblenz hat ein europäisches Patent für ein Verfahren zur Leistungssteigerung von Kompressoren und Druckluftspeicherkraftwerken erhalten, teilte die Hochschule mit. Das Team um Marc Nadler und Willi Nieratschker entwickelte die Technologie im Rahmen eines von der Carl-Zeiss-Stiftung geförderten Projekts.

Das Verfahren zielt auf eine verbesserte isotherme Kompression und Expansion von Gasen. Druckluftspeicherkraftwerke gelten als speichertechnische Option, die ohne Lithium oder seltene Erden auskommt und auf industriell etablierte Komponenten zurückgreift. Die Forscher sehen darin ein Potenzial für stationäre Speicheranwendungen im Stromsystem.

Hochschule sucht nach Partnern

Die Arbeitsgruppe validierte das Konzept an zwei Prüfständen. Dort untersuchten die Wissenschaftler die thermodynamischen Prozesse während der Verdichtung und Expansion und optimierten die Betriebsführung. Nach Angaben der Hochschule erreichte das Team Wirkungsgradsteigerungen gegenüber dem Stand der Technik.

Ziel der Entwicklung besteht darin, Druckluftspeicherkraftwerke auf ein Niveau zu bringen, das mit Pumpspeichersystemen vergleichbar ist. Der Ansatz konzentriert sich auf die Minimierung temperaturbedingter Verluste während der Verdichtung. Die Forscher setzen dabei ausschließlich auf marktverfügbare Standardkomponenten.

Das EU-Patent sichert nach Angaben der Hochschule Koblenz die Schutzrechte für das entwickelte Verfahren in den Mitgliedstaaten. Für die nächste Entwicklungsphase plant die Forschungsgruppe Untersuchungen mit erweiterten Druckbereichen.

Parallel sucht sie industrielle und institutionelle Partner für eine Skalierung des Konzepts. Das Verfahren eignet sich nicht nur für Druckluftspeicher, sondern auch für die Verdichtung technischer Gase wie Wasserstoff auf hohe Druckniveaus. // VON HEIDI ROIDER

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Web-Tool zur Dekarbonisierung der Prozesswärme gestartet



Neues Prozesswärme-Tool des CDI. Quelle: CDI / Toni Kretschmer

IT. Ein neues kostenfreies Web-Tool soll Unternehmen dabei helfen, um gezielt CO₂-Emissionen aus der Prozesswärme einzusparen. Das Angebot richtet sich vor allem an den Mittelstand.

Mit dem webbasierten Instrument „**Transformationspfade der Prozesswärme**“ stellt das Cluster Dekarbonisierung der Industrie (CDI) Industrieunternehmen ein digitales Analysewerkzeug zur Verfügung, teilte das Cluster am 20. Februar mit. Unternehmen sollen damit systematisch Optionen zur Reduzierung von CO₂-Emissionen aus der Prozesswärme identifizieren können. Das Angebot richtet sich vor allem kleine und mittelständische Betriebe, die häufig keine eigenen Transformationsabteilungen haben.

Das Tool basiert auf einer digitalen Checkliste, die Anwender in fünf Stufen durch eine strukturierte Analyse ihrer Prozesswärmeanforderungen führt. Nach Eingabe der relevanten Daten erhalten die Unternehmen konkrete Vorschläge zur Minderung ihrer CO₂-Emissionen im Bereich der Prozesswärme.

Strukturierte Analyse individueller Ausgangssituationen

Das Instrument entstand in der CDI-Innovationsgruppe Prozesswärme. Rund 40 Fachleute aus Industrie und Forschung entwickelten eine methodische Vorgehensweise, die unterschiedliche Anwendungsfälle systematisiert. Ziel war es, die Vielfalt technischer Optionen zu ordnen und betriebsspezifische Konstellationen vergleichbar zu machen.

„In der Innovationsgruppe Prozesswärme des CDI haben wir festgestellt, dass wir ausgerechnet beim größten Energieverbraucher, der Prozesswärme, noch zu wenig Transparenz über die Dekarbonisierungsmöglichkeiten haben“, sagt Professor Mario Ragwitz, Leiter der Innovationsgruppe Prozesswärme sowie Leiter des Fraunhofer IEG. „Die Vielzahl unterschiedlicher Anwendungsfälle macht deutlich, dass es ein Instrument braucht, das die wesentlichen Optionen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen systematisch bündelt.“

Prozesswärme als zentraler Effizienzhebel

Die Industrie muss ihre Produktionsprozesse bis 2045 klimaneutral ausrichten. Prozesswärme stellt in energieintensiven Branchen den größten Anteil am Endenergieverbrauch dar und bildet damit einen zentralen Hebel der Transformation.

Die Auswahl geeigneter Technologien – von der Elektrifizierung unter Einsatz erneuerbarer Energien bis hin zur Nutzung von Abwärme – ist jedoch komplex und erfordert eine Vielzahl betriebsindividueller Entscheidungen, unter anderem zu Investitionen, Fördermöglichkeiten und regulatorischen Rahmenbedingungen.

Das Tool unterstützt Unternehmen daher bei:

- der schrittweisen Transformation von Kälte- und Wärmeströmen – vom Brennstoffwechsel über die Anpassung von Temperaturniveaus im Prozess bis hin zum möglichen Austausch von Anlagen,
- einer interaktiven und intuitiven Nutzung mit individuell zugeschnittenen Handlungsoptionen,
- der strukturierten Übersicht potenzieller Maßnahmen,
- der Bereitstellung vertiefender Informationen sowie relevanter Kontakte.

Mit dem Tool will das CDI ein neues digitales Angebot bereitstellen, das den Transformationsprozess insbesondere im Mittelstand beschleunigen soll.

Netzwerkstruktur des CDI

Das im Jahr 2021 gegründete Cluster vereint nach eigenen Angaben mehr als 130 Partner aus Industrie, Energiewirtschaft und Wissenschaft. Zu den beteiligten Unternehmen zählen unter anderem BASF, Cemex und Arcelor Mittal.

Die Koordinierungsstelle des Clusters betreibt das Kompetenzzentrum Klimaschutz in energieintensiven Industrien. Von der Strukturwandelregion Lausitz aus organisiert das Netzwerk Arbeitsgruppen, bündelt Projektergebnisse und entwickelt Beiträge zur industriellen Transformation.

Das [Web-Tool „Transformationspfade der Prozesswärme“](#) steht kostenfrei auf der CDI-Website zur Verfügung. // [VON HEIDI ROIDER](#)

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN

Quelle: Shutterstock / ARVD73

LEG Immobilien und Imovis starten Messstellenbetrieb

SMART METER. LEG Immobilien und Imovis kooperieren beim Messstellenbetrieb. Geplant ist der Einsatz intelligenter Messsysteme in rund 20.000 Messstellen.

Die LEG Immobilien SE und die wettbewerbliche Messstellenbetreiber Imovis haben eine Vereinbarung über eine umfassende Nutzung von intelligenten Messsystemen geschlossen. Laut LEG sollen sowohl Verbrauchsdaten des jeweiligen Gebäudes als auch Zustandsdaten zur Beobachtung und Steuerung der Gebäudetechnik über das Smart Meter Gateway erfolgen. Die Partner verfolgen nach eigenen Angaben eine „One-Gateway-Strategie“ im Gebäude.

Der Messstellenbetrieb soll zunächst in Beständen der LEG mit rund 20.000 Messstellen eingeführt werden. Er soll Mieterinnen und Mietern sowie Vermietenden einen detaillierteren Überblick über Verbrauchsdaten geben, vereinfachte Abrechnungsprozesse und den Verzicht auf manuelle Ablesungen ermöglichen. Außerdem soll der Einsatz der Gebäudetechnik über das intelligente Messsystem gesteuert werden. Die Partner beziehen sich dabei insbesondere auf Luft-Wärme-Pumpen.

Integration in Geschäftsmodelle der Immobilienwirtschaft

„Die Digitalisierung der Messinfrastruktur ist der Schlüssel, um Gebäude zu elektrifizieren und neue Anwendungen wie Wärmepumpen, Mieterstrom beziehungsweise gemeinschaftliche Gebäudeversorgung oder Ladeinfrastruktur verlässlich zu betreiben“, sagt Daniel Voß, Geschäftsführer der Imovis GmbH. Und er fügt hinzu: „Mit der LEG Immobilien SE zeigen wir so, dass die standardisierten Prozesse und hohen Sicherheitsanforderungen des Smart-Meter-Rollouts passgenau in die immobilienwirtschaftlichen Geschäftsmodelle integriert werden können.“

Die Vereinbarung der beiden Unternehmen markiere den Startpunkt für die technische und organisatorische Umsetzung des Messstellenbetriebs. Perspektivisch sollen die Messdienstleistungen auch anderen Immobilienunternehmen und privaten Eigentümern angeboten werden.

„Mit dem heutigen Vertragsabschluss setzen wir den ersten konkreten Schritt zur Umsetzung einer Initiative, die für die gesamte Branche wegweisend sein kann“, erklärt Ulrike Janssen, Geschäftsführerin der LEG Wohnen NRW.

Imovis gehört zur Noventic Group mit Sitz in Hamburg und ist spezialisiert auf IoT-Lösungen für Immobilien. Darüber hinaus ist das Unternehmen als wettbewerblicher Messstellenbetreiber aktiv und bietet auch Dienstleistungen im Submetering an.

Die LEG SE ist ein börsennotiertes Wohnungsunternehmen mit nach eigenen Angaben 172.000 Mietwohnungen in Deutschland. Das Kerngeschäft besteht aus Vermietung und Verpachtung. Damit erzielte das Unternehmen im Geschäftsjahr 2024 Erlöse in Höhe von 1,3 Milliarden Euro.

// VON FRITZ WILHELM

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

ENERGIEJOBS
**DAS KARRIEREPORTAL FÜR
 DIE ENERGIEWIRTSCHAFT**

Rekrutieren Sie zielgenau in der
 Strom-, Gas- und Wasserwirtschaft.

Energietechnik Erneuerbare Energien Energemanagement

08152 93 11 88 www.energiejobs.online

Neue grüne Finanzierung für 50-Hertz-Netz



Quelle: Shutterstock / BELL KA PANG

STROMNETZ. Eurogrid hat eine grüne Kreditlinie über bis zu 5,25 Milliarden Euro unterzeichnet, um die Liquidität zu sichern für Investitionen in den Netzausbau für die Energiewende.

Der Berliner Übertragungsnetzbetreiber Eurogrid GmbH hat eine neue Revolving Credit Facility (RCF) mit einem Volumen von bis zu 5,25 Milliarden Euro abgeschlossen. Laut Unternehmen ersetzt und erweitert die Kreditlinie bestehende Finanzierungszusagen über insgesamt 3,75 Milliarden Euro und stärkt damit den finanziellen Spielraum für anstehende Investitionen.

Eurogrid ist die Holdinggesellschaft der 50 Hertz Transmission GmbH, die das Höchstspannungsnetz im Norden und Osten Deutschlands betreibt und ausbaut. Die neue Kreditlinie dient dem Unternehmen als Liquiditätsreserve, die bei Bedarf flexibel abgerufen, zurückgeführt und erneut genutzt werden kann. Sie ist

nach Angaben von Eurogrid ein zentrales Instrument zur Sicherung des Investmentgrade-Ratings. Die Ausgestaltung der Finanzierung orientiert sich eng am Green Financing Framework, das Eurogrid im Herbst 2025 veröffentlicht hat. Dieses Rahmenwerk definiert die Kriterien für nachhaltige Finanzierungen und bildet die Grundlage für die Finanzierung von Netzausbauprojekten sowie weiteren Investitionen der 50 Hertz-Gruppe. Bereits im Oktober 2025 hatte Eurogrid nach eigenen Angaben den ersten deutschen EU-Green-Bond emittiert.

Christine Janssen, Finanzvorständin von 50 Hertz, erklärte laut Unternehmensmitteilung, die neue Kreditlinie erweitere den finanziellen Handlungsspielraum und stärke zugleich die langfristige nachhaltige Finanzierungsausrichtung. Die erweiterte grüne RCF sei ein weiterer strategischer Baustein für die Finanzierung der Energiewende.

Nach Unternehmensangaben erfüllten bereits im Jahr 2024 nahezu 100 Prozent der Investitionen von Eurogrid die Kriterien der EU-Taxonomie. Damit sieht sich das Unternehmen für eine mögliche Umstellung auf eine sogenannte Green-Pure-Play-Finanzierung geeignet. Dieses Modell richtet sich an Unternehmen, deren Geschäft nahezu vollständig aus klimafreundlichen Aktivitäten besteht. Eine entsprechende Umstellungsmöglichkeit ist laut Eurogrid bereits vertraglich vorgesehen.

Verlängerung optional

Die neue Kreditlinie hat eine Laufzeit von fünf Jahren und enthält zwei Verlängerungsoptionen um jeweils ein Jahr. An der Finanzierung beteiligen sich insgesamt 16 Banken. Die Transaktion wurde von mehreren Instituten koordiniert, darunter ABN AMRO, Commerzbank AG, Crédit Agricole CIB und ING Group. Die rechtliche Beratung auf Seiten von Eurogrid übernahm Greenberg Traurig.

50 Hertz betreibt ein Höchstspannungsnetz mit einer Stromkreislänge von mehr als 10.000 Kilometern. Das Netzgebiet umfasst Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie Berlin und Hamburg mit etwa 18 Millionen Einwohnern. // VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Wohnbaugesellschaft gründet Energietochter



Quelle: Pixabay / Alex Csiki

PHOTOVOLTAIK. Um Mieterstrom- und E-Mobilitätsprojekte umzusetzen, setzt die GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH künftig auf eine eigene Gesellschaft.

Die GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH plant, in eine „sozial gerechte, wirtschaftlich stabile und klimafreundliche Energieversorgung ihrer Mieterschaft“ zu investieren. Dazu hat die GWW zum 1. Januar die GWW Immo Service GmbH gegründet, teilte die Gesellschaft am 20. Februar mit.

Die neue Gesellschaft soll wohnbegleitende Dienstleistungen für die Wohnungswirtschaft mit dem Schwerpunkt auf der Versorgung der Mieterschaft mit im Bestand erzeugtem Strom übernehmen. Darüber hinaus wird sie laut der GWW Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in Gebäuden koordinieren. Und sie verantwortet den Betrieb von Ladeinfrastruktur sowie die Lieferung von Energie und energienahen Produkten und plant, errichtet und betreibt die dafür notwendige technische Infrastruktur.

Ziel der Neugründung ist es nun vorrangig, Strom aus Photovoltaikanlagen im eigenen Bestand künftig direkt für die Mieterinnen und Mieter nutzbar zu machen. Bislang werde der erzeugte Strom in das öffentliche Netz eingespeist, ohne dass die Mieterschaft hiervon unmittelbar profitiert. Mit der GWW Immo

Service GmbH sollen die rechtlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um Mieterstrommodelle umzusetzen, Energieeffizienz systematisch zu organisieren und Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge aufzubauen.

Durch die klare Trennung vom Kerngeschäft der GWW sollen zudem spezialisierte Prozess-, Abrechnungs- und IT-Strukturen entstehen, die den besonderen Anforderungen dieses Geschäftsfeldes gerecht werden und eine rechtssichere Umsetzung ermöglichen. Die GWW betreibt derzeit rund 50 Photovoltaikanlagen. Künftige Anlagen sollen gezielt für Mieterstrommodelle ausgelegt werden.

„Wir machen aus lokal erzeugtem Sonnenstrom einen zusätzlichen Mehrwert für unsere Mieterinnen und Mieter“, sagt Thomas Keller, Geschäftsführer der GWW. „Mit der GWW Immo Service GmbH können wir Photovoltaikstrom sinnvoll nutzen, was die Wirtschaftlichkeit stärkt und uns zugleich ermöglicht, faire und langfristig stabile Preise für die Mieterschaft zu bieten.“ // VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

Energieversorger kooperiert mit Lkw-Händler



Quelle: E&M / Jonas Rosenberger

ELEKTROFAHRZEUGE. E-Brummi plus Hypercharger, Strom und Service: Der Energieversorger Enervie will die Mobilitätswende im Nutz- und Schwerlastverkehr voranbringen.

Die Enervie-Gruppe in Hagen (Nordrhein-Westfalen) nimmt den Markt für Elektromobilität für die Güterverkehrsbranche in den Fokus. Dazu kooperiert der südwestfälische Energieversorger mit der Jürgens-Gruppe.

Das Unternehmen mit Hauptsitz in Hagen und 19 Standorten in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz zählt zu den großen Mercedes-Benz-Händlern in Deutschland. Gemeinsames Ziel sei es, das regionale Gewerbe bei der schrittweisen Umstellung der Flotten zu unterstützen, beschreibt Enervie das Vorhaben. Damit verbunden werde „der Aufbau einer Ladeinfrastruktur in den Depots und Betriebshöfen für den Nutz- und Schwerlastverkehr in weiten Teilen Nordrhein-Westfalens vorangetrieben“.

Die beiden Partner haben nach eigenen Angaben rund 35 große Speditionen und Unternehmen im Einzugsgebiet zwischen Siegen, Olpe, Hagen, Wuppertal und Dortmund als potenzielle Kunden identifiziert. Bereits im Oktober vergangenen Jahres realisierten Enervie und Jürgens ein erstes Projekt: Eine Spedition in Lüdenscheid erwarb zwei E-Lkw mit je 600 kWh Batterieleistung. Enervie installierte einen 100-kW-Hypercharger, die Tochtergesellschaft Stadtwerke Lüdenscheid kümmert sich um den Betrieb und liefert den Strom.

Im Verbund wolle man Gewerbe- und Industriekunden eine „umfassende Beratung“ und Planungshilfe für den Aufbau einer E-Lkw-Flotte mit dazugehöriger Ladeinfrastruktur geben, so der Energieversorger und das Autohaus.

Nicht die einzige Kooperation zwischen Energiewirtschaft und Brummi-Branche. Eon und MAN wollen europaweit rund 170 Standorte mit circa 400 Ladepunkten für das öffentliche Laden von Elektro-Lkw aufbauen. Allein in Deutschland sind dem Vernehmen nach rund 125 Standorte geplant.

Die „Nationale Leitstelle Ladeinfrastruktur“ weist in ihrem Monitor aktuell 151 öffentlich zugängliche Lkw-Ladesäulen hierzulande aus, die Anzahl der Ladepunkte beträgt 270. Die installierte Ladeleistung hat 50 MW überschritten.

Hochleistungsladen für Brummis

Vergangenes Jahr ging der erste Megawatt-Ladepunkt in Deutschland in Betrieb. Er befindet sich an der Autobahn A2 bei der Rastanlage Lipperland Süd, nahe Bielefeld. Das Megawatt Charging System (MCS) ist Teil des vom Verkehrsministerium geförderten Projekts „HoLa“, das Kürzel steht für Hochleistungsladen im öffentlichen Raum. Partner bei Lipperland Süd war EnBW. Der Mineralölkonzern Shell will in Kürze einen MCS-Ladeort im westfälischen Hamm in Betrieb nehmen. Die Ladestation kann mit einer Leistung von 2 MW laden.

Im Zuge von „HoLa“ sollen auf der Strecke von Berlin bis ins Ruhrgebiet insgesamt fünf Anlaufpunkte für schwere E-Laster entstehen, drei davon an Autobahnen, zwei an Depots. Hinter dem Projekt steht ein Konsortium aus Wirtschaft und Wissenschaft, koordiniert wird es vom Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung, ISI, und der P3-Gruppe. // VON MANFRED FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)

Solarpark quasi als Windturbine



Windkraft plus Photovoltaik - das Hybridkraftwerk Haringvliet. Quelle: Vattenfall

REGENERATIVE. Vattenfall errichtet in der Eifel einen kombinierten PV- und Windpark. Dabei sieht das Unternehmen die Solaranlage „technisch quasi wie eine weitere Windturbine“.

Vier Windräder mit zusammen 17 MW plus eine Solaranlage mit 7,6 MW: Der Energieriese Vattenfall baut im Eifelkreis Bitburg-Prüm, Rheinland-Pfalz, sein nach eigenen Angaben erstes Hybridkraftwerk in Deutschland, das Wind und Sonne nutzt. Die Kombi-Anlage, die bei Hommerdingen (Windpark) und Biesdorf (Solar) entsteht, soll im Herbst dieses Jahres in Betrieb gehen.

Vattenfall will den Solarpart nicht separat, sondern über den Windpark an das Verteilnetz des regionalen Betreibers Westnetz anschließen. „Der Solarpark wird damit technisch quasi wie eine weitere Windturbine betrachtet, sodass nur ein Netzanschluss für die gesamte Anlage nötig ist“, erklärt das Unternehmen. Westnetz hat das Konzept dem Vernehmen nach abgenickt.

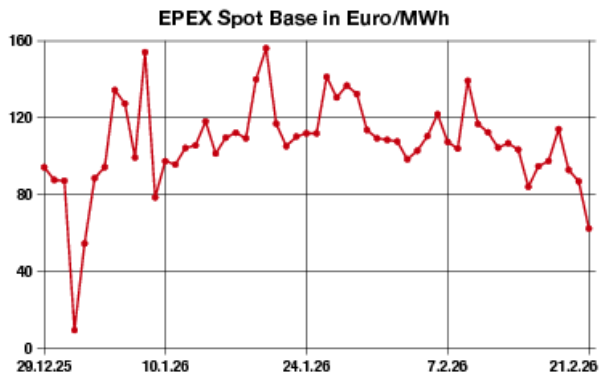
Die sich gut ergänzenden Erzeugungsprofile von Wind und Solar entlasteten das Verteilnetz gegenüber der jeweils einzelnen Erzeugungstechnologie, erläutert Philipp Heucke, Leiter des Bereichs Onshore Wind Development bei Vattenfall, das Konzept in einer Mitteilung. „Das führt insgesamt zu einer effizienteren Nutzung der Netzinfrastruktur und reduziert das Risiko der Netzüberlastung. Zudem verringern sich die Kosten für den Netzanschluss im Vergleich zu Stand-alone-Anlagen deutlich“, so Heucke weiter.

In den Niederlanden betreibt Vattenfall die Technik bereits seit einigen Jahren. Nahe der Bucht Haringvliet hat der Konzern ein sogenanntes Voll-Hybridkraftwerk, das die Erzeugung aus Wind- und Solarenergie mit einem zusätzlichen Batteriespeicher ergänzt. In Deutschland plane man insbesondere, Solarparks um zusätzliche Batteriespeicher zu ergänzen, teilt der Energieversorger mit. // VON MANFRED FISCHER

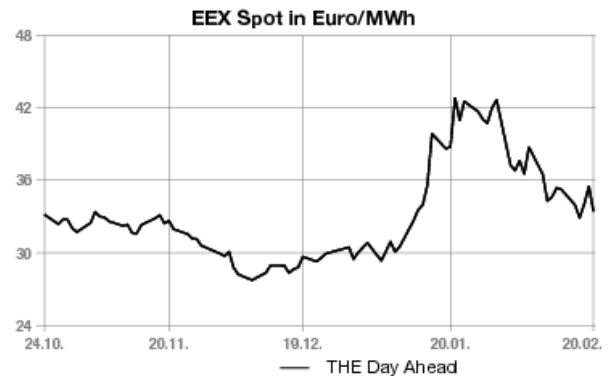
[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



Energienotierungen im Bann der Geopolitik



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO₂- und Gasmarkt.

Ohne klare Tendenz haben sich die Energienotierungen am Freitag gezeigt. Übertrendendes Thema am Markt sind weiterhin die Spannungen zwischen den USA und Iran. Denn dort werden mögliche militärische Eskalationsstufen konkreter, obgleich US-Präsident Donald Trump dem Regime in Teheran eine Frist zum Einlenken bei den Atomverhandlungen gesetzt hat. Trump erwägt offenbar einen, wenn auch anfänglich begrenzten Militärschlag gegen den Iran, um das Land zur Erfüllung seiner Forderungen nach einem Atomabkommen zu zwingen. Sollte sich der Iran aber weiterhin weigern, Trumps Vorstellungen zur Beendigung seiner Urananreicherung nachzukommen, würden die USA mit einer breit angelegten Kampagne gegen Einrichtungen des Regimes reagieren - möglicherweise mit dem Ziel, das Regime in Teheran zu stürzen, sagen mit der Angelegenheit vertraute Personen.

Strom: Uneinheitlich hat sich der deutsche OTC-Strommarkt zum Ende der Arbeitswoche gezeigt. Der Montag wurde börslich im Base mit 75,00 Euro je Megawattstunde gehandelt. Am Donnerstag war für den Freitag an der Börse ein Preis von 87,00 Euro je Megawattstunde in der Day-ahead-Auktion ermittelt worden. Händler bringen den Preisrückgang vom Freitag auf Montag mit der höheren Einspeiseleistung von Wind und Solarstrom in Verbindung. Die Meteorologen von Eurowind erwarten für den ersten Tag der neuen Arbeitswoche sehr stattliche 41,2 Gigawatt Erneuerbaren-Einspeiseleistung. Am Berichtstag sollen hingegen nur 29,9 Gigawatt anfallen. Auch für die Folgetage bis einschließlich Donnerstag rechnet Eurowind mit einer recht hohen Einspeiseleistung, die nicht unter 27 Gigawatt fallen dürften. Auffällig war am Berichtstag eine Zweiteilung des Markts. Das kurze Ende dürfte nachgegeben haben, weil US-Präsident Donald Trump Iran vor einem Militärschlag eine Frist von 10 bis 14 Tagen gesetzt hat, um bei den Verhandlungen einzulenken. Zudem dürfte der Frontmonat unter Druck geraten sein, da Wetterdienste nun auch für die ersten Märztag deutlich überdurchschnittliche Temperaturen vorhersagen. Am langen Ende hingegen legte das Strom-Frontjahr unter dem Eindruck höherer CO₂-Preise um 0,50 auf 81,72 Euro je Megawattstunde zu.

CO₂: Mit einem deutlichen Plus haben sich die CO₂-Preise am Freitag präsentiert. Der Dec 26 gewann bis gegen 13.45 Uhr 2,28 auf 73,62 Euro je Tonne und setzte damit seine Gewinne vom Vortag fort. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 17,9 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 74,27 Euro, das Tief bei 71,14 Euro. Laut den Analysten von Redshaw Advisors kann sich die technische Situation für den Dec 26 deutlich verbessern, wenn es dem Kontrakt gelingt, auf Preise oberhalb von 74 Euro vorzustoßen.

Allerdings steht der Markt weiter unter dem Eindruck der Diskussionen über eine Aufweichung des ETS. Notierungen oberhalb von 80 Euro seien vor diesem Hintergrund wenig wahrscheinlich, so Marktteilnehmer.

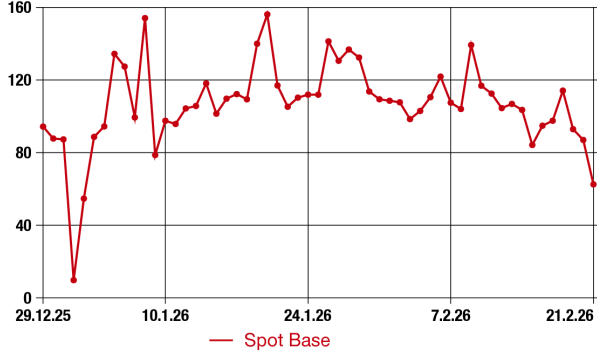
Erdgas: Etwas leichter haben sich die europäischen Gaspreise am Freitag gezeigt. Der Frontmonat März am niederländischen TTF verlor bis gegen 13.45 Uhr 0,625 auf 32,575 Euro je Megawattstunde. Am deutschen THE sank der Day-ahead um gleichfalls 0,625 auf 34,900 Euro je Megawattstunde. Händler verweisen auf die ins Haus stehende überdurchschnittlich milde Witterung als Grund für die Abgaben. Allerdings dürften die Spannungen zwischen Iran und den USA und die niedrigen Speicherstände den Abwärtsdruck in Grenzen halten. Die Gasspeicher in der EU sind durchschnittlich nur zu rund 32 Prozent gefüllt. Ein bullischer Effekt dürfte auch von den rückläufigen Lieferungen an norwegischem Pipelinegas ausgehen. Diese betragen laut dem Fernleitungsnetzbetreiber Gassco für den Berichtstag nur 318,2 Millionen Kubikmeter. Ungeplante Wartungsarbeiten in den Feldern Ormen Lange und Oseberg führen derzeit zu Minderkapazitäten von insgesamt 19,5 Millionen Kubikmetern. // VON CLAUS-DETLEF GROSSMANN

[^ Zum Inhalt](#)

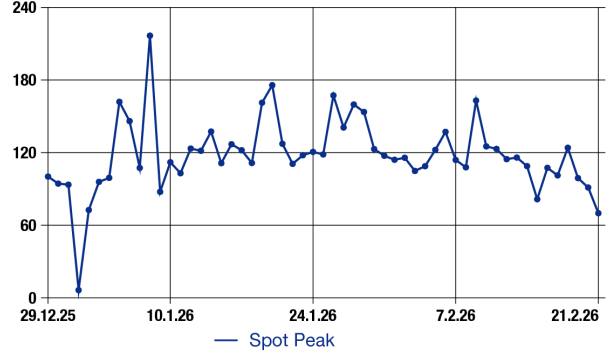
ENERGIEDATEN:

Strom Spotmarkt

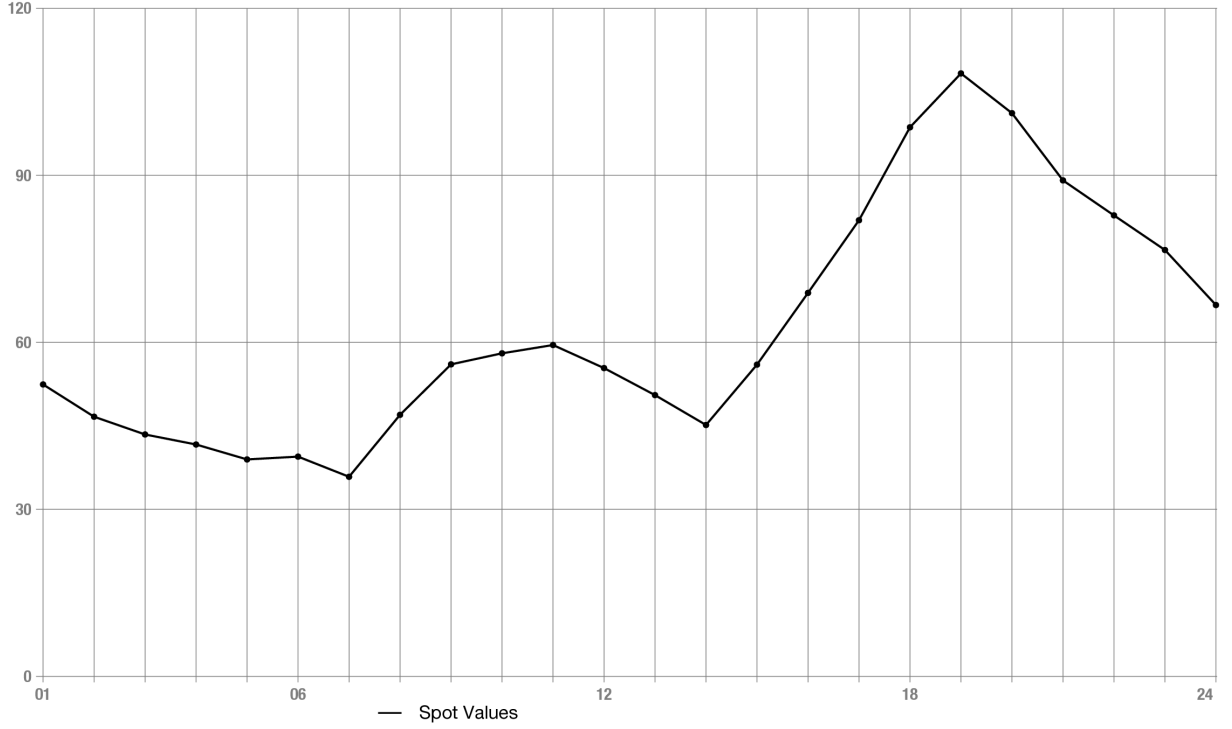
EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)



Strom Terminmarkt

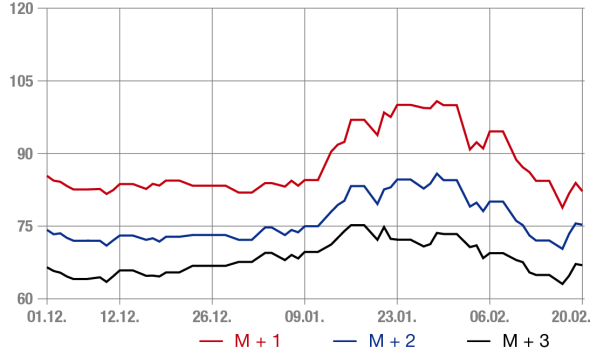
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	German Power Mar-2026	82,23
M2	German Power Apr-2026	75,29
M3	German Power Mai-2026	66,93
Q1	German Power Q2-2026	71,37
Q2	German Power Q3-2026	79,93
Q3	German Power Q4-2026	95,10
Y1	German Power Cal-2027	81,70
Y2	German Power Cal-2028	74,78
Y3	German Power Cal-2029	72,54

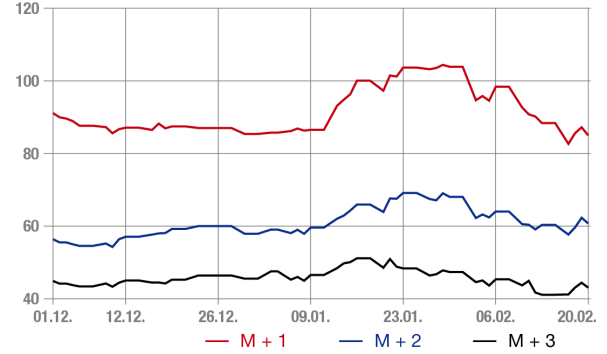
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	German Power Mar-2026	84,97
M2	German Power Apr-2026	60,75
M3	German Power Mai-2026	43,07
Q1	German Power Q2-2026	51,38
Q2	German Power Q3-2026	71,36
Q3	German Power Q4-2026	114,21
Y1	German Power Cal-2027	86,12
Y2	German Power Cal-2028	79,14
Y3	German Power Cal-2029	77,35

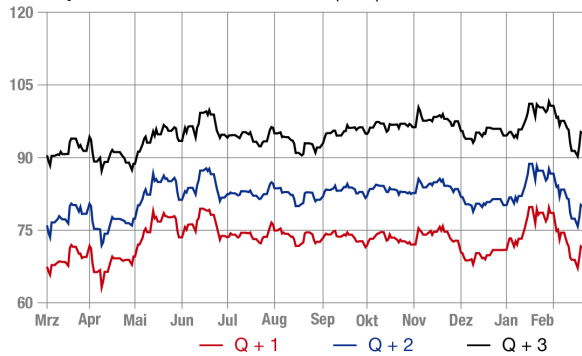
Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



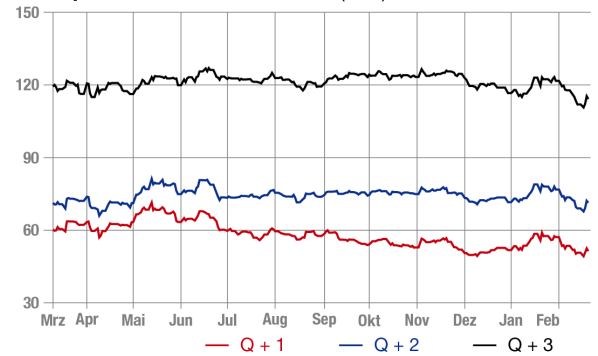
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



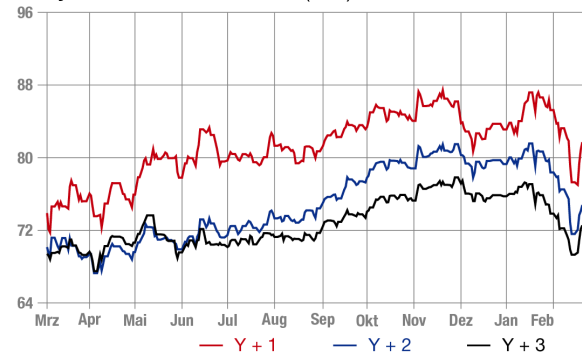
Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



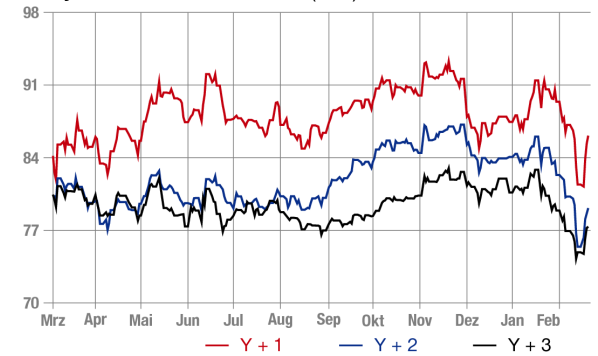
Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



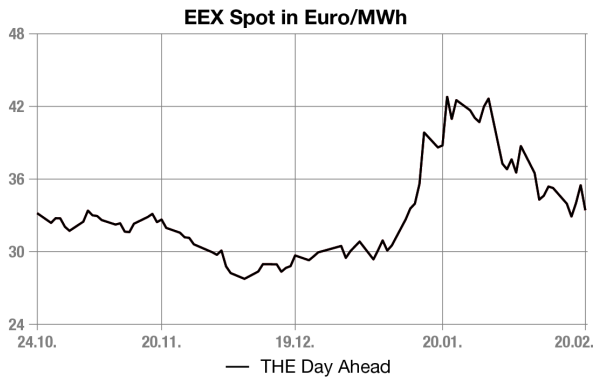
Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)



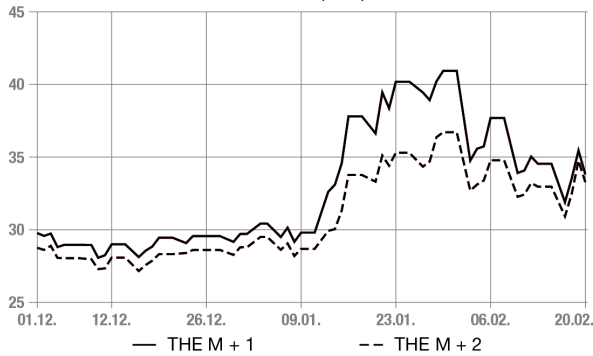
Gas Spot- und Terminmarkt

Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

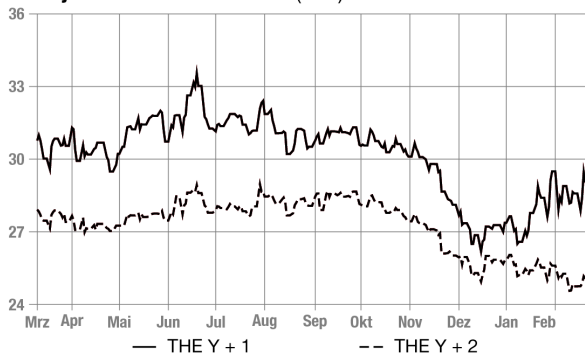
	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	20.02.26	German THE Gas Mar-2026	33,82
M2	20.02.26	German THE Gas Apr-2026	33,28
Q1	20.02.26	German THE Gas Q2-2026	32,58
Q2	20.02.26	German THE Gas Q3-2026	32,06
S1	20.02.26	German THE Gas Win-2026	33,01
S2	20.02.26	German THE Gas Sum-2027	27,51
Y1	20.02.26	German THE Gas Cal 2027	29,04
Y2	20.02.26	German THE Gas Cal 2028	25,08



Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



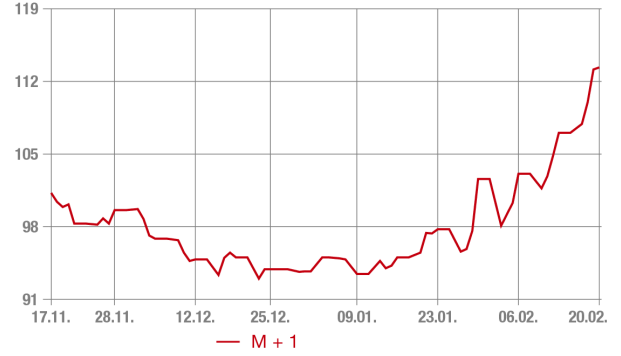
Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	20.02.26	62,51	EUR/MWh
Germany Spot peak	20.02.26	69,97	EUR/MWh
EUA Feb 2026	20.02.26	72,42	EUR/tonne
Coal API2 Feb 2026	18.02.26	107,25	USD/tonne

Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day Ahead	20.02.26	33,43	EUR/MWh
German THE Gas Mar-2026	20.02.26	33,82	EUR/MWh
German THE Gas Cal 2027	20.02.26	29,04	EUR/MWh
Crude Oil Brent Apr-2026	20.02.26	71,76	USD/tonne

EUA in Euro/t (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Geschäftsführer:in (m/w/d)

Strategieberatung sucht Geschäftsführer:in (m/w/d) zur Weiterentwicklung erneuerbarer Wärmeproje...
in Hamburg

27.01.2026

Vorstand/Geschäftsführung Festanstellung / Angestellter Homeoffice / Weiterbildung /
Mobilitätzuschuss / Mitarbeitererevents



Stoffstrommanager (m/w/d)

Sie werden Teil eines Teams, bei dem jeder auf seiner Position spielt, aber für das große Ganze kämpf...
in Metzingen

vor 1 h

Weiterbildung / Mitarbeitererbatte



Projektmanager für Wasserstoff (m/w/d)

Projektmanager für Wasserstoff (m/w/d) Zukunft gestalten. Gemeinsam arbeiten. Zusammen wachse...
in Leipzig

vor 1 h

Freie Mitarbeit Weiterbildung



IT-Projektmanager/ IT-Spezialist im Bereich Smart Metering (m/w/d)

Zu Deinen Aufgaben gehören Du möchtest aktiv an der Digitalisierung der Energiewelt mitwirken? Dan...
in Saarbrücken

vor 2 h

Ausbildung / Freie Mitarbeit



Ingenieur als Technische Führungskraft für Gas- und Wasser-Netzbetriebe gem. DVGW Re...

Da steckt mehr dahinter!: Als 100-prozentige Tochter der Mainova AG verantworten wir, die Netzdienst...
in Frankfurt am Main

vor 2 h

Festanstellung / Freie Mitarbeit

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie



Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
Vielen Dank dafür!

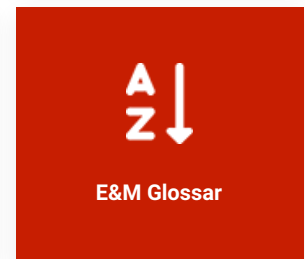
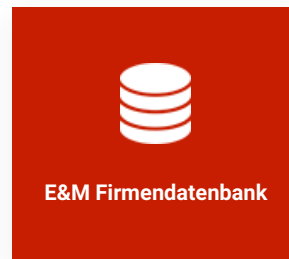
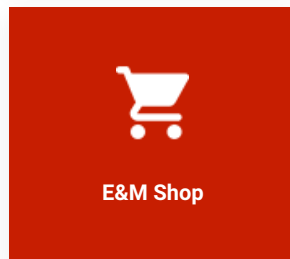
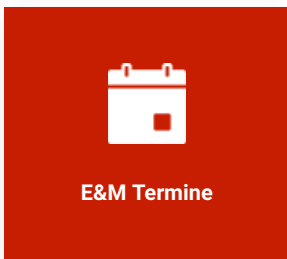
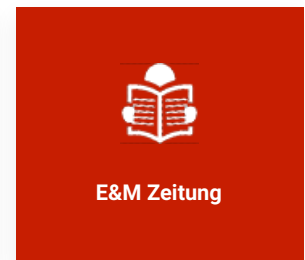
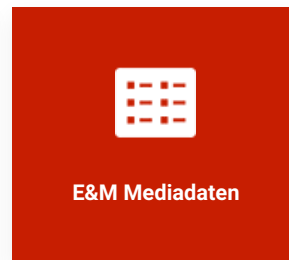
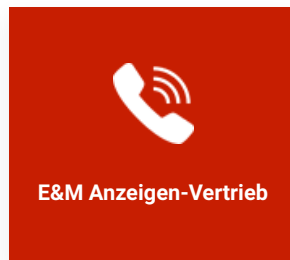
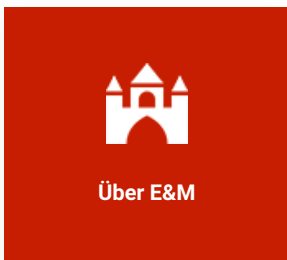
Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.

Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**



IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Schloß Mühlfeld 20 - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:

